

Unser Programm zur Kommunalwahl 2014

- Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.01.2014 -

**Bildung –
ein Menschenrecht auch kommunal!**

http://www.dielinke-muc.de/politik/wahlen/wahlen_2014/

DIE LINKE.

Kreisverband München

INHALT

	Für ein solidarisches München – München für alle!	3
1	Armut bekämpfen – Reichtum <i>Umfair</i> teilen!	5
2	Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!	8
3	Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut!	12
4	Gesundheit ist keine Ware – auch nicht im Alter!	16
5	Mobil in München – ohne 2. Tieftunnel!	21
6	Ökologie und Energie – bezahlbar und für alle! Dem Tierschutz verpflichtet!	27
7	Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!	30
8	Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen	35
9	München ist bunt – nicht braun!	37
10	Keine Waffen unterm Friedensengel!	42
11	(Hoch)Kultur nicht nur für G´spickte!	44
12	Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!	47
13	Solide Finanzen für eine solidarische Stadt!	49
14	Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!	51
15	„Mehr Demokratie wagen“ – gerade auch in unserer Stadt!	55
	Schlusswort und Ausblick	57

7 Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!

„Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, (...). Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit (...) gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen und religiösen Gruppen beitragen...“, so Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Mehr als in allen anderen europäischen Ländern bestimmt in Deutschland aber der soziale Status den Zugang zu Bildung. Unzureichende Bildung führt zu einer weiteren Verstärkung der sozialen Spaltung und Auslese. In einer Stadt wie München, die sich selbst als Dienstleistungs- und Wissensstadt definiert, sind solche Ausschlussprozesse doppelt schmerzlich. Sie führen zur Einschränkung der beruflichen Möglichkeiten und behindern die Teilnahme an einem nach wie vor reichhaltigen kulturellen und geistigen Leben. Aber auch für alle anderen wird die Aneignung von Bildung erschwert und verteuert. Bildung selbst unterliegt einem steigenden ökonomischen Verwertungsdruck. DIE LINKE. ist sich mit dem ehemaligen UN-Kommissar Muñoz einig: „Bildung ist ein Menschenrecht und kein ökonomisches Gut.“ Gegenwärtig wird auf kurzfristig verwertbares Wissen statt auf umfassende Bildung gesetzt. Bildung ist jedoch als Wert an sich zu sehen, als Bereicherung des Lebens durch Aneignung von Wissen, sozialem Verhalten und kulturellen Ausdrucksformen. Bildung ist mehr als Wissensvermittlung und Wissensaneignung. Sie beginnt im frühkindlichen Alter und endet nicht mit der beruflichen Ausbildung.

Bildung findet für Kinder und Heranwachsende vor allem in der Kommune statt, aber auch die Erwachsenen haben einen Bedarf an wohnortnaher (Weiter-)Bildung. Damit wird frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, schulische Bildung und Aus- und Weiterbildung zu einem wesentlichen Handlungsfeld kommunaler Politik. Es darf nicht übersehen werden, dass Bundes- und Landesgesetze den Rahmen für Bildung und Bildungspolitik ziehen. So tritt DIE LINKE im Bund für eine bessere Finanzausstattung von Ländern und Kommunen sowie für die Abschaffung des Kooperationsverbotes ein, das dem Bund verbietet, Bildungsinvestitionen der Länder und Kommunen mit zu finanzieren. Aber in der Bildungspolitik fallen auch zahlreiche Entscheidungen an, die in der Kompetenz der Stadt liegen.

DIE LINKE. im Stadtrat ist für die Anregungen und Kritiken offen, die von den Betroffenen schon jetzt in zunehmender Zahl an uns herangetragen werden. Wir sehen, dass durchsetzungsfähige linke Positionen zur Gestaltung der Einrichtungen von Erziehung, Schule und Bildung in Zusammenarbeit mit Betroffenen, Kindern, Jugendlichen, ihren Eltern und dem betreuenden Personal, politisch Interessierten und Fachleuten, entstehen werden.

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und Nachmittagsbetreuung in Schulen sind keine Aufbewahrungsorte für Kinder und Heranwachsende, sondern Orte des sozialen Zusammenlebens, Lernens und Spielens von Gleichaltrigen. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Persönlichkeitsentwicklung, die Entwicklung des sozialen Verhaltens und fördern die Chancengleichheit. Dies gilt auch hinsichtlich der kommunikativen Fähigkeiten, die durch das Zusammentreffen auf Gleichaltrige besser ausgeprägt werden. Vorschulische und schulische Betreuungsangebote sind aber auch ein notwendiges Angebot, um den Eltern die Möglichkeit zu eröffnen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Die soziale Spaltung der Gesellschaft, die durch Gesetze wie Hartz IV vorangetrieben wird, zeigt sich deutlich auch und gerade bei Kindern in unserer Stadt. Bildung und Betreuung muss heute auch einen Beitrag dazu leisten, deren Auswirkungen zu bekämpfen, wie z. B. mangelhafte Ernährung bei Kindern und Jugendlichen.

Hierbei sehen wir einen ganzheitlichen Ansatz, der auch mit dem Bildungspaket zusammenhängen muss. In einem ersten Schritt soll es möglich gemacht werden, dass allen hilfebedürftigen Kindern in München ein Angebot gemacht wird, welches kostenfrei zur Verfügung gestellt werden soll. Hierbei soll – wie schon vor Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets durch den Bundesgesetzgeber – das SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) für diese Kinder zuständig sein.

Transparenz und Teilhabe

Unbürokratisch, kostenfrei und kinderfreundlich soll ein neues System der ganzheitlichen Versorgung eingerichtet werden. Transparenz bei den Zuständigkeiten, den vielfältigen Angeboten und den Entscheidungen stehen für uns im Mittelpunkt. Der Rechtsanspruch auf eine Ganztags-Betreuung muss auch in München dabei berücksichtigt werden. Egal ob in der Kinderkrippe, im Kindergarten, in der Schule oder im Hort – überall muss es eine vernünftige Relation an Erzieherinnen und Erziehern und Kindern geben. Gerade die Qualifikation und die gerechte Entlohnung der dort tätigen Menschen muss mehr im Fokus der Landeshauptstadt München stehen. Wir fordern außerdem eine städtisch organisierte Versorgung mit frischem Essen, welche durch ein städtisches Unternehmen zu organisieren ist. Hierbei soll eine ausgewogene Ernährung mit lokalen Produkten angestrebt werden. Die Kinder sollen freien Zugang zu den sportlichen und musischen Einrichtungen der Landeshauptstadt München erhalten. Kein Kind soll auf Grund seiner sozialen Situation am Besuch einer Sporteinrichtung bzw. einer Musikschule gehindert sein.

Auch im Bereich der Nachhilfe muss die Landeshauptstadt den Kindern einen kostenfreien Zugang zu den Bildungsangeboten gewähren. Schon sprachliche Defizite in den jüngsten Jahren können somit schnell reduziert werden und dem Kind somit alle Perspektiven weiterhin offen sein. Auch die eintägigen und mehrtägigen Fahrten sollen schnell und einfach durch die vorhandenen Strukturen ermöglicht und kostenfrei bereitgestellt werden. Die ehemalige breite Auswahl an städtischen Schullandheimen soll auch in diesem Zusammenhang wieder hergestellt werden.

Inklusion ist Herausforderung und Chance für eine tolerante und offene Bildungslandschaft und muss als Regelfall gelten. Deshalb muss qualifiziertes Personal in ausreichender Stärke für adäquate Gruppengrößen vorgehalten werden

Unsere Forderungen:

- DIE LINKE. im Münchner Stadtrat setzt sich für eine allgemeine, qualifizierte und kostenlose Kinderbetreuung für alle Altersklassen in der Nähe zum Wohnort/Arbeitsplatz der Eltern ein. Bei der Planung neuer Tagesbetreuungsangebote ist auf die sinnvolle Verteilung über die gesamte Stadt zu achten. Eine Vollversorgung mit Kinderkrippen-, Kindergarten- und Hortplätzen bzw. Nachmittagsbetreuung gemäß dem geäußerten Bedarf in München soll gewährleistet sein. Dafür kann die Landeshauptstadt München auch eine höhere Neuverschuldung in Kauf nehmen.
- Betreuungszeiten in Kindergärten, Kinderkrippen und Schulhorten müssen flexibel sein. Viele Beschäftigungsverhältnisse haben nicht mehr die klassischen Arbeitszeiten, das Betreuungsangebot muss darauf ausgerichtet werden. Gerade finanziell gering entlohnte Tätigkeiten gehen mit problematischen Arbeitszeiten einher. DIE LINKE. fordert die versuchsweise Einrichtung eines Rund-um-die-Uhr-Betreuungsangebotes.
- Die ständige Verbesserung des Betreuungsstandards in Krippen, Kindergärten, Horten und der Nachmittagsbetreuung ist eine Notwendigkeit. Betreuungseinrichtungen sind keine „Parkplätze für Menschen“. Wir wollen, dass die guten Noten, die die städtischen Kinderkrippen durch die Eltern erhalten, Ansporn für weitere Verbesserungen sind. Ein qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot setzt qualifiziertes und motiviertes Personal voraus. DIE LINKE. wird sich im Münchner Stadtrat für attraktive Arbeitsbedingungen in den Kinderkrippen, Kindergärten, Horten und in der Nachmittagsbetreuung einsetzen. Dazu gehört eine angemessene Entlohnung, ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten und Arbeitszeiten, die einen Ausgleich für die belastende Tätigkeit in den Einrichtungen ermöglichen. DIE LINKE. fordert, dass sich die Landeshauptstadt München als Mitglied im Verband der kommunalen Arbeitgeber (VKA Bayern) dafür einsetzt, dass insbesondere die tariflichen Einstufungen für Tätigkeiten in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten entscheidend angehoben werden. Dazu sind unverzüglich Verhandlungen mit den Gewerkschaften ver.di und GEW aufzunehmen.
- DIE LINKE. ist gegen eine Standardabsenkung bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen durch die zur Zeit statt findende Umsetzung von Personal und die damit verbundene Erhöhung der Gruppengrößen.
- (Groß-)Betriebe müssen sich an der Betreuung der Kinder ihrer Mitarbeiter*innen beteiligen, durch finanzielle Zuschüsse, Einrichtung eines Betriebskindergartens o.ä. Dies sind Zukunftsinvestitionen.
- Damit niemand wegen seiner Kinder an gesellschaftlicher Teilhabe gehindert wird, fordert DIE LINKE. städtische Zuschüsse für Kinderbetreuungsangebote bei öffentlichen Veranstaltungen.

- Die Versorgung mit gesunder Nahrung ist ein Menschenrecht und die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung. Sie darf nicht von der Lage der Eltern abhängen. Daher fordert DIE LINKE. für Kinder und Jugendliche während ihres Aufenthalts in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Freizeiteinrichtungen kostenlose Verpflegung. Diese muss durch einem städtischen Eigenbetrieb unter Einhaltung tariflicher und existenz-sichernder Löhne für die dort arbeitenden Menschen eingerichtet werden.
- Kinder und Jugendliche haben ein Recht gesund aufzuwachsen. Ein Schritt in diese Richtung ist auch die Reduzierung von Schadstoff-Emissionen in der Nähe von Kinderbetreuungseinrichtungen.
- DIE LINKE. setzt sich für den Ausbau und die Renovierung von wohnortnahen und kostenlosen Indoor- und Mehrgenerationen-Outdoor-Spielplätzen und damit auch für Jugendliche ein. Spielplätze sind Teil des öffentlichen Raumes und müssen auch den dafür vorgesehenen Standards genügen. Wir fordern die Schaffung verkehrsberuhigter Bereiche (sog. Spielstraßen), damit Kinder und Jugendliche ihre Freizeit ungefährdet draußen verbringen können.

Schulische Bildung

DIE LINKE. steht für eine Schule für alle, längeres gemeinsames Lernen in einem wohnortnahen und öffentlichen Bildungssystem. Ziel ist eine inklusive Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse. Sie soll die soziale Auslese beenden und Kinder und Jugendliche sowohl bei Lernschwächen als auch in ihren Begabungen individuell fördern. Diese Anforderung kann nur eine gebundene Ganztagschule mit einem rhythmisierten Unterrichtstag (Übungs- und Lernzeiten stehen im Wechsel mit sportlichen, musischen und künstlerischen sowie Sozialkompetenz fördernden Angeboten) leisten. Das beweisen auch immer wieder die „guten Noten“ und die Auszeichnungen für diese Schulen. Wir fordern deshalb verstärkte Anstrengungen beim Ausbau dieser Schulform. Dazu ist jedoch auch eine grundlegende Demokratisierung und mehr Mitbestimmungs- und Selbstentfaltungsmöglichkeiten durch die Schüler*innen notwendig. Interkulturelle Kompetenz sowie die Möglichkeit auch Fachunterricht in den Bildungseinrichtungen in einer anderen Sprache als Deutsch zu vermitteln sind unserer Meinung nach ein Ziel für eine weltoffene Stadt. Daneben sind die Jugendfreizeitheime weiter auszubauen.

Inklusion darf nicht zum Sparprogramm werden – das Gegenteil ist der Fall: Inklusion bedeutet eine intensive Betreuung durch Fachkräfte in kleinen Gruppen. Unter Umständen ist jedoch eine (zusätzliche) gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen mit schwersten bzw. mehrfachen Beeinträchtigungen in speziellen Hilfseinrichtungen weiterhin notwendig. Diese verdient Anerkennung und materielle Förderung durch qualifiziertes Personal.

Unsere Forderungen:

- DIE LINKE. sieht in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder die Alternative zum bestehenden gegliederten Schulsystem. Dabei geht es nicht nur um die Schulstruktur, sondern auch um den Inhalt dessen, was gelehrt und gelernt wird. Eine Schule für alle muss eine höhere Qualität von Lehren und Lernen nach einheitlichen Lehrplänen garantieren und alle Kinder gut auf die Berufswahl vorbereiten, einschließlich des Studiums. Das bedeutet aber auch, das Umfeld außerhalb von Schule und Unterricht in Augenschein zu nehmen. DIE LINKE. fordert deshalb einen zügigen Ausbau von (gebundenen) Ganztagschulen.
- Damit auch Jugendhilfeeinrichtungen ihren Bildungsauftrag durchführen können, benötigen sie deutlich mehr qualifiziertes Personal als bisher
- Klassengrößen von oft mehr als dreißig Kindern und Jugendlichen führen zum „frontalen Unterweisungsunterricht“. DIE LINKE. unterstützt die Forderungen der GEW: „Keine Klasse über 25!“ und wird sich im Kommunalparlament für die Umsetzung dieser Forderung als Mindestanforderung in den städtischen Schulen einsetzen.
- Längst zeigt der Alltag in den Schulen und Einrichtungen, dass - neben den Lehrkräften - Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Psycholog*innen nötig sind. DIE LINKE. setzt sich für eine ausreichende quantitative und qualitative Personalausstattung ein. Dabei sind die Expert*innen in eigener Sache, das Lehr- und Betreuungspersonal und ihre Interessensvertretungen, die Schüler*innen und die Eltern einzubeziehen.
- DIE LINKE. fordert die konsequente Lehrmittelfreiheit – insbesondere bei Arbeitsheften – an öffentlichen Schulen.

-
- DIE LINKE. fordert den weiteren Ausbau der Orientierungsstufe, solange eine Schule für alle noch nicht im notwendigen Umfang verwirklicht ist
 - Allen Jugendlichen, die einen mittleren oder höheren Abschluss anstreben, muss dies auch ermöglicht werden. DIE LINKE. setzt sich für den bedarfsgerechten Ausbau der weiterführenden Schulen der Stadt ein, darunter Berufs-, Wirtschafts- und Fachoberschulen, die ein integraler Bestandteil des Bildungssystems sind.
 - Es wird ein städtisches Förderprogramm für weiterführende Schulen eingerichtet, um sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler und solche mit Migrationshintergrund angemessen zu fördern. Ziel dabei muss sein, dass diese Gruppen an weiterführenden Schulen so vertreten sind, wie es ihrem Anteil an der Stadtbevölkerung entspricht.
 - DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass zusätzlich ein Förderprogramm für Hauptschüler*innen und mit Migrationshintergrund eingerichtet wird, das auf den Übergang zu weiterführenden Schulen ausgerichtet ist. Dies soll auch ergänzend zu dem Recht auf einen Hauptschulabschluss verstanden werden.
 - DIE LINKE. fordert die sofortige Wiedereinführung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts an allen Schularten in Bayern. Mehrsprachigkeit ist für Schüler*innen mit Migrationshintergrund sowohl ein wichtiger Beitrag zur Wahrung der eigenen kulturellen Identität, als auch ein Vorteil auf dem Arbeitsmarkt. Dass der Freistaat Bayern diesen Unterricht gestrichen hat, um Geld zu sparen, ist kurzfristig und verantwortungslos.
 - Das Lehrpersonal an städtischen Schulen wird gezielt in interkultureller Kompetenz und LBSTI-relevanten Themen (LBSTI = Lesben, Bisexuelle, Schwule, Transgender, Intersexuelle) weitergebildet, um Ansätzen einer sozialen und/oder kulturellen Auslese entgegenzuwirken.
 - DIE LINKE. will, dass bei der Vergabe städtischer Mittel, bei Personalzuteilung und Baumaßnahmen Schulen in benachteiligten Stadtvierteln gezielt vorgezogen werden.
 - DIE LINKE. tritt gegen die Repression von sog. „Schulschwänzer*innen“ mit Unterstützung der Polizei ein. Abwesenheit von der Schule ist kein Problem, das durch die Polizei gelöst werden kann. Jugendarbeiter*innen bzw. -betreuer*innen sind die besseren Adressen.
 - Die notwendig gewordene Ganztagsbetreuung kann sich nicht in Unterricht erschöpfen. Der Prozess des Lernens und Heranwachsens gelingt nur, wenn in solchen Schulen auch andere Formen der sozialen und kulturellen Interaktion möglich sind, die nicht als „Unterricht unter Aufsicht“ gestaltet sind, sondern die Möglichkeit selbstbestimmter Beziehungen lassen. Kinder und Jugendliche brauchen „freie“ Zeit.
 - DIE LINKE. fordert den Ausbau der offenen Jugendarbeit und der außerschulischen Bildungsarbeit. Ein Angebot für freiwilligen Ganztagsschulbesuch ist sinnvoll, doch ein verpflichtender Besuch kann zu einer weiteren Aushöhlung der offenen Jugendarbeit und der außerschulischen Bildungsarbeit führen.
 - Musik, bildende, gestaltende und darstellende Kunst und Sport müssen integraler Bestandteil schulischer Bildung sein. DIE LINKE. tritt dafür ein, dass ihr Anteil am Unterricht weiter ausgebaut und nicht wie in der Vergangenheit immer mehr zurückgefahren wird.
 - DIE LINKE. fordert, dass nicht-öffentliche, aber für die Öffentlichkeit wichtige Einrichtungen im Bereich Kunst, Kultur und Sport subventioniert werden, um auch hier einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Entsprechende kostenpflichtige Einrichtungen, wie z. B. Musikschulen und Sportvereine, müssen in die Lage versetzt werden, einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen – jenseits von wirtschaftlichem Denken – Ermäßigungen zu gewähren.
 - DIE LINKE. tritt nachdrücklich für rechtlich und tatsächlich verbesserte Arbeitsmöglichkeiten der Elternbeiräte und Schülermitverwaltungen ein. Bei der Neustrukturierung der Bildungseinrichtungen wird ein entscheidender Punkt sein, den »Rechtsraum«, der durch „Schulpflicht“ und „Erziehungsberechtigung“ geschaffen wird, für freier gestaltete Beziehungen zu öffnen. Die Kinder und Jugendlichen, ihre Eltern, auch die Lehrkräfte, praktisch alle am Schulalltag Beteiligten brauchen neben den politischen auch direkte Einflussmöglichkeiten.
 - Eine Schule für alle braucht eine eigene, gut ausgebaute Infrastruktur und ganz gewiss „kleine“ Klassenverbände. Durchaus unklar ist dabei, wie „groß“ die einzelnen Einrichtungen sein sollten. Der LINKEN kommt es neben einer Ausstattung, die Unterricht und verschiedene soziale und kulturelle Lebensäußerungen zulässt, auch darauf an, dass die schulischen Einrichtungen überschaubar bleiben. Für die Kinder und

Jugendlichen, die sie durchlaufen, für die ältere Generation, die sie dabei unterstützend begleitet und für die Lehrkräfte, die Kollegien und die Schulleitung.

- DIE LINKE. setzt sich auch in München dafür ein, dass ergänzend zum Religionsunterricht, das Lehrfach „Evolutionstheorie“ in den bayerischen Grundschulen eingeführt wird.
- Für die Wahrnehmung der Schulaufsicht zeichnet sich die Chance ab, von der Methode der Eingriffsverwaltung, die als Aufsicht funktioniert, überzugehen zu einer Beratungsverwaltung, die auf Anfrage von unten hilft. Erziehung, Schule und Bildung ist in unseren Augen in erster Linie kein hoheitliches Geschehen. Diese Einrichtungen sind öffentlich finanzierte Angebote der leistenden Verwaltung. Dabei kommt es auf die Kooperation zwischen den verschiedenen Beteiligten an. Dem könnten Erfahrungen und Methoden der Selbstverwaltung Raum geben.
- DIE LINKE. fordert einen städtischen Modellversuch an zumindest einer Realschule und einem Gymnasium, der den handlungsorientierten Unterricht erprobt, evaluiert und auch umsetzt.
- Als nächster Schritt zur Überwindung des gegliederten Schulsystems in Bayern müssen die Übergänge zwischen den verschiedenen Schultypen erleichtert und vergleichbare Unterrichtsinhalte entwickelt werden. Die Forderung nach einer Schule für alle bedeutet angesichts des extrem gegliederten bayerischen Schulsystems und des politisch auf mittlere Sicht starken konservativen Blocks zunächst, dass linke Politik ihre Aufmerksamkeit auf alle Typen von Einrichtungen der Erziehung, Schule und Bildung richten muss, um dafür zu sorgen, dass der Weg zu einer demokratischen Schule für alle nicht verbaut wird.

Berufliche Bildung

Solide berufliche Qualifikation ist nicht nur eine Grundlage, gute Arbeit zu verrichten und gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern, sie ist zugleich auch wichtig für ein selbstbestimmtes Leben und für demokratisches und kritisches Engagement in der Gesellschaft.

DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, eine bessere Vernetzung an den Schwellen der Ausbildung zu implementieren. Auf der einen Seite sollen die Angebote der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter besser genutzt werden, um den Jugendlichen nach der Schule und nach der Ausbildung einen „ungebrochenen“ Übergang zu ermöglichen. Auf der anderen Seite sollen auch die Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe besser in einen ganzheitlichen Ansatz zur Vermeidung der Brüche integriert werden.

Hierbei sollen einerseits mehr Praktika in den Jahren direkt vor dem Erreichen des Schulabschluss eingeschoben werden, welche zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem avisierten Beruf führen sollen. Außerdem können so bereits Kontakte zu potentiellen Ausbildungsbetrieben aufgebaut werden. Dies ist ein effektiver Weg, um die hohen Abbruchquoten bei der Ausbildung zu bekämpfen.

Andererseits sollen für Auszubildende, welche wahrscheinlich nicht in dem jeweiligen Ausbildungsbetrieb übernommen werden, zentrale Anlaufpunkte bei der Landeshauptstadt München geschaffen werden, um einen neuen Arbeitgeber zu finden.

Eine differenzierte und zielstrebige Förderung von Lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen gehört nach Auffassung der LINKEN zu den öffentlichen bildungspolitischen Aufgaben auch in der Kommune. DIE LINKE. fordert einen runden Tisch, der Gewerkschaften, Schulen, Arbeitgeber und Schüler- und Elternvertreter zusammen bringt.

Außerdem muss das Angebot an den Volkshochschulen diesbezüglich angepasst werden. Dieses muss den Anforderungen des lebenslangen Lernens, der Wissensvermittlung und den verschiedenen Anforderungen einer alternden Gesellschaft angepasst werden.

Die Bildungsträger müssen in diesem Zusammenhang auch passgenauere Angebote bspw. In Maßnahmen anbieten, welche im Prozess einer Qualitätssicherung evaluiert werden.

Unsere Kandidat*innen zur Stadtratswahl

Platz	Nachname	Vorname	Platz	Nachname	Vorname
1	Wolf	Brigitte	41	Jenkner	Beate
2	Oraner	Cetin	42	Lüle	Oguz
3	Grimm	Alexandra	43	Mittermaier-Mühdorfer	Rosi
4	Pollok	Florian	44	Klee	Hans Georg
5	Fingert	Annemarie	45	Hübner	Dania
6	Lohmüller	Jürgen	46	Schlund	Florian
7	Vetter	Evelyn	47	Liebel	Daniela
8	Tepperies	Jan	48	Keller	Johannes
9	Fritsche	Nicole	49	Selke	Marianne
10	Pingel	Clemens	50	Greger	Günter
11	Killet	Julia	51	Epple	Ursula
12	Bourguignon	Eric	52	Schmidl	Hermine
13	Hahn	Elke	53	Thon	Ruth
14	Schamberger	Kerem	54	Woldt	Christian
15	Schreiber	Eva	55	Reichardt	Christine
16	Listl	Walter	56	Hintze	Henning
17	Schmid	Sonja	57	Wurtz	Anja
18	Schreer	Claus	58	Stigge	Roland
19	Füllgraf	Helene	59	Varchmin	Ursula
20	Koplin	Sebastian	60	Krense	Tino
21	Enderlein	Ellen	61	Längsfeld	Susanne
22	Steininger	Maximilian	62	Schütz	Bernhard
23	Padovan	Elfi	63	Schönberger	Agatha
24	Ischinger	Karl	64	Schoofs	Walter
25	Keller	Ellen	65	Lazarovicz	Doris
26	Utz	Erich	66	Werner	Markus
27	Fingert	Diana	67	Högemann	Jörg
28	Bornemann	Klaus-Dieter	68	Kunze	Alfons
29	Weber	Claudia	69	Waschkau	Hans
30	Rehberg	Frank	70	Mosner	Reinhard
31	Städele	Michaela	71	Müller-Naendrup	Renee
32	Delkos	Pavlos	72	Lux	Wolfgang
33	Städele	Judith	73	Bravmann	Felix
34	Sedlmaier	Hans	74	Blaschka	Wolfgang
35	Tögel	Helga	75	Schuhmann	Werner
36	Baretta	Alessandro	76	Michl	Bernhard
37	Weiss	Kerstin	77	Albrecht	Jens
38	Papadimitriou	Aris	78	Karich	Hans-Günter
39	Greger	Karin	79	Koether	Ernst
40	Pürzel	Harald	80	Brym	Maximilian